



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

PM: Wohnkosten für Studierende erreichen neuen Höchststand – die bundesweite Studierendenvertretung fordert schnelles politisches Handeln

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

Berlin, 23.03.2026

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Am 23. März 2026 veröffentlichte das Moses-Mendelssohn-Institut aktuelle Zahlen zu den Wohnkosten von Studierenden und Auszubildenden. Demnach lag die durchschnittliche Miete für ein WG-Zimmer zum Sommersemester bei 512 Euro, ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (493 Euro).

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhüller

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) beobachtet diese Entwicklung seit längerem mit großer Sorge und fordert von der Bundesregierung schnelles und durchdachtes Handeln.

„512 Euro im Durchschnitt und an vielen Hochschulstandorten liegt die Miete deutlich darüber. Wer soll sich das noch leisten können?“, fragt Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstandsmitglied. „Studierende geben inzwischen mehr als die Hälfte ihres Einkommens allein für Miete aus. Ihre Wohnkostenbelastung ist damit mehr als doppelt so hoch wie die der Durchschnittsbevölkerung. Wir hören immer wieder, wie schwer es ist, überhaupt ein Zimmer zu finden und wenn man eine hat, die laufenden Kosten zu stemmen. Das wirkt sich unmittelbar auf das Studium aus: Ohne bezahlbaren Wohnraum lässt sich kaum studieren. Wer gezwungen ist, 20 Stunden nebenbei zu arbeiten, kann das Lernpensum oft nicht bewältigen.“

Weiter betont Rummenhüller: „Die Bundesregierung darf diesen zentralen Armutsfaktor nicht länger ignorieren. Kurzfristig muss die Förderung deutlich erhöht werden. Die Wohnkostenpauschale im BAföG von derzeit 380 Euro deckt in Städten wie München nicht einmal die Hälfte der Miete für ein WG-Zimmer. Gleichzeitig erhalten mehr als 88 Prozent der Studierenden gar kein BAföG und von den Geförderten nicht alle die volle Höhe. Armut betrifft sie dennoch - es braucht dringend mehr öffentlich geförderten Wohnraum.“

Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen ergänzt: „Man muss sich vor Augen führen: Die genannten Zahlen beziehen sich nicht auf eine eigene Wohnung, sondern lediglich auf ein WG-Zimmer (!). In einer Drei- oder Vierer-WG summieren sich die Kosten schnell auf über 2.000 Euro monatlich. Die verlangten Mieten gehen dabei häufig weit über die reinen Betriebskosten hinaus und ermöglichen hohe Gewinne für Vermietende. Gleichzeitig berichten Studierende immer wieder von mangelhaften Wohnzuständen. Hier wird eine Notlage ausgenutzt. Es braucht umfassende Reformen im Mietrecht. Der vom Bundesjustizministerium vorgelegte Referentenentwurf zur Mietrechtsnovelle enthält zwar einige sinnvolle Ansätze, greift jedoch insgesamt zu kurz. Viele Regelungen sollen nur in angespannten Wohnungsmärkten gelten – die Realität für Studierende zeigt jedoch, dass die Mietpreise bundesweit steigen.“

Dazu passend finden Sie anbei unsere Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Mietrechtsnovelle.

Rückfragen können Sie stellen an:

Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstand:
+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen:
rahel.schuessler@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhüller